durch den Magen des einzelnen geht. Einstweilen hört man ja noch die Ansicht, daß zur Vertretung der öffentlichen Meinung Deutschlands im Ausland einige wenige Blätter genügten und daß auch schon immer nur ganz bestimmte wenige deutsche Pressestimmen von den ausländischen Zeitungen nachgedruckt wurden. Aber gerade diese wenigen großen Blätter bedürfen, wenn sie nicht reine Parteiorgane oder engkreisige Interessenvertretungen, sondern Spiegel der allgemeinen Volksstimmung sein wollen, des fundamentalen Unterbaus der kleinen und mittleren Presse, deren Extrakt für sie unumgänglich ist. Aus einem gewordenen Organismus kann man ungestraft kein Glied, keinen Komplex von Gliedern herausreißen. Und die Presse ist ein solcher Organismus. Man kann das Haupt, die großen Zeitungen, vielleicht eine Zeitlang künstlich am Leben erhalten, dann aber wird auch dieser wertvolle Teil dahinwelken oder sich zu einem ganz neuen Gebilde umgestalten müssen.

Und nun soll man die Bedeutung der anderen Seite des Zeitungssterbens nicht verkennen, die mit der Existenz vornehmlich der mittleren und kleinen Zeitungen eng verknüpft ist. Der Zusammenbruch dieser Zeitungen bedeutet einen unwiederbringlichen geistigen und kulturellen Verlust für die Volksgesamtheit. Es ist bekannt, daß in den letzten Jahren in wachsendem Maße ein erheblicher Teil des Volkes all seine Bildungswerte, alle geistige Anregung und Erbauung allein aus den Zeitungen schöpfte. Bücher und Schriften, die ja immer teurer sein mußten als Zeitungen, sind, ohne dabei den Geldentwertungsverhältnissen nachgekommen zu sein, unerschwinglich geworden. Heute, wo die Bezugspreise der Zeitungen angeblich ebenso unerschwinglich geworden sind, staunen sich die Menschen selbst an politisch ruhigen Tagen vor den Zeitungsaushängen in den Städten, auf dem Lande kreist ein gemeinsam gehaltenes Exemplar durch mehrere Familien. Sie brauchen die Zeitungen, sie brauchen diese in ihrer Gedrängtheit und Reichhaltigkeit einzigartigen Unterrichtsmittel. Wenn darum der bisherige Zeitungsverfall in dem bisherigen Umfange sich fortsetzt, wenn es keine lokal individuellen Blätter mehr gibt, auf deren Handhabung die Leserkreise eingestellt sind, so ist die unweigerliche Folge ein allgemeines geistiges Verkommen, das für die Einschätzung der deutschen Kultur im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einmal von Wichtigkeit wird, das aber auch für den Augenblick bereits ungemessene Gefahren in sich birgt, wenn man die Auswirkung dieses Zustandes auf die politische Reife der einzelnen Volksgenossen bedenkt. Die Dunkelmänner mit politisch verworrenen Zielen werden den Mangel an einwandfreier und ausgedehnter Nachrichtenübermittlung sich zunutze zu machen wissen und eine Unsicherheit ins Volk hineintragen, die eines Tages an Staat und Verfassung rüttelt. Und für den Zugriff der Regierung, für die Klärung der Lage wird dann das wichtigste und einflußreichste Mittel, die Presse, fehlen.

Das sind Aussichten, die keineswegs schwarz gesehen sind. Es muß und es wird so kommen, wenn nicht die gesamte Oeffentlichkeit sich auf die Bedeutung der Presse besinnt und zu ihrer Erhaltung tut, was sie nur tun kann. Es ist kein Hilfswerk für die Verleger, keine Unterstützung für die Schriftleiter, für die Buchdrucker und alle die, die sonst noch am Zeitungsgewerbe hängen, was hier vorschwebt, wenn die Beseitigung der Pressenot gefordert wird, sondern der vorwehrste Dienst, den sich die Oeffentlichkeit selbst leistet und an dem die Regierungen als Diener der res publica, des Gemeinwesens, so stark interessiert sind, daß sie auf schleunigstem Wege die rettende Hilfsaktion für die Presse schon längst in Angriff genommen haben müßten. Die Zeitungsverleger und Schriftleiter haben seit Jahr und Tag immer dringlicher auf die erschreckende Gefährdung der Presse verwiesen. Es ist verhandelt worden, es ist schön gesprochen worden, aber geschehen ist nichts! Duldet die Oeffentlichkeit des parlamentarisch regierten deutschen Staates, um deren und um dessen wichtigste Interessen es hier geht, daß man diese Interessen mit formvollen Worten abtut? Die Frage wäre eines Volksbegehrens würdig.

Zeitungsverleger beim Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Sept. Der Reichspräsident empfing heute eine Reihe von Zeitungsverlegern, um mit ihnen die Notlage der deutschen Presse zu erörtern. In eingehender Aussprache wurden die Gefahren der Lage dargelegt und alle zur Anwendung des drohenden Zusammenbruches zu treffenden Maßnahmen erwogen. (W. T. B.)

Die städtischen Nachrichtenämter gegen die Zeitungsnot

Magdeburg, 11. Sept. Die hier tagende Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter hat folgende Entschließung angenommen: Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Not der Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher, vielfach angesehener und alter Zeitungen äußert. Die Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf Grund eigener Erfahrungen den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauern es insbesondere auch, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß nunmehr wenigstens im letzten Augenblick Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen. (W. T. B.)

Der Reichswirtschaftsrat und der Achtstundentag.

Berlin, 11. Sept. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am 8. und 9. September mit der Begutachtung des Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf legt den Achtstundentag gesetzlich fest. Der § 1 wurde mit 15 gegen 13 Stimmen in der folgenden Fassung des Arbeitsausschusses angenommen:

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in gewerblichen Betrieben einschließlich des Handels und des Bergbaues beschäftigten gewerblichen Arbeiter, sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten, ferner für im Haushalt beschäftigte Arbeiter, soweit das Hausgehilfengesetz auf sie keine Anwendung findet. (W. T. B.)

Die Aerzte gegen die Erhöhung der Versicherungspflicht

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Sept. Gegen den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages auf Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung auf 300 000 Mk. hat der Groß-Berliner Aerzteverband als größte kassenärztliche Vereinigung Deutschlands in Uebereinstimmung mit der gesamten deutschen Aerzteschaft an den Reichsarbeitsminister ein Protesttelegramm gesandt, in dem es heißt: Durch diese maßlose Gesetzgebung wird die Verelendung unseres Landes unnütz gefördert und werden die Kassenärzte in eine Kampfstellung den Krankenkassen gegenüber hineingezwungen, die in dieser Zeit vaterländischer Nöte als nationales Unglück zu betrachten wäre. Der Vorstand des Leipziger Verbandes ist ebenfalls telegraphisch beim Reichsarbeitsminister gegen die neue Erhöhung der Versicherungsgrenze vorstellig geworden.

Die verschwundenen französischen Fahnen.

Berlin, 11. Sept. Die aus Mitteldeutschland stammende Nachricht, daß die Reichsregierung an die bayrische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten sei, für die verloren gegangenen französischen Fahnen aus dem Kriege von 1870 Ersatz zu leisten mit Fahnen aus den Freiheitskriegen, trifft nicht zu. Ein solches Ersuchen ist nicht ergangen. Allerdings wird Deutschland wohl kaum in der Lage sein, am nächsten Ablieferungstermin seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, da die französischen Bestefahnen sowohl in Berlin wie auch in München verschwunden und nicht wieder aufzutreiben gewesen sind. Die deshalb vorgenommenen Verhaftungen konnten nicht aufrechterhalten werden.

Die internationale Wirtschaftskatastrophe.

Internationale christliche Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.

Dieser Tage wurde der Generalsekretär des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften der Welt, Herr Serrarens aus Utrecht, und ein deutscher Vertreter des Bundes vom Reichskanzler empfangen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hatte sich vor kurzem an das Internationale Generalsekretariat des Bundes mit der Bitte gewandt, auf die angeschlossenen christlichen Gewerkschaften aller in Betracht kommenden Länder dahin zu wirken, daß sie ihren Regierungen die hereinbrechende deutsche und damit auch europäische Wirtschaftskatastrophe klar vor Augen führen möchten. Außerdem hatten sich die deutschen christlichen Gewerkschaften direkt an den britischen Premierminister telegraphisch um Einwirkung und Hilfe in der hereinbrechenden Not gewandt. Der Generalsekretär Serrarens ist dem deutschen Ersuchen sofort nachgekommen, und die hauptsächlich in Betracht kommenden ausländischen christlichen Bruderverbände haben auf die maßgebenden Stellen ihrer Länder in entsprechendem Sinne eingewirkt. Dies wurde dem Reichskanzler von Herrn Serrarens mitgeteilt.

Der Reichskanzler erkannte den Schritt der christlichen Gewerkschaften dankbar an und betonte, daß es sich bei der ganzen Sache je nicht etwa allein um Deutschland handle, sondern daß es um Leben und Sterben ganz Europas ginge. Er setzte dann im weiteren Verlauf der Unterredung den Vertretern des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften sowohl die wirtschaftspolitische Gesamtsituation wie auch insonderheit die gefahrdrohende wirtschaftliche Lage Deutschlands auseinander und bat, weiter dazu beizutragen, die Völker Europas in wahrhaft christlichem Sinne wieder einander näherzubringen und gemeinsam das allen drohende Unheil aus den völlig zerfahrenen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen abzuwenden. Die Vertreter des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften der Welt konnten dem Reichskanzler erklären, daß sie festen Willens sind, an diesem erhabenen Ziel mit allen Kräften weiter mitzuarbeiten.

Wissel über die Zerrüttung der Weltwirtschaft.

(Drahtmeldung unseres Münchner Vertreters.)

München, 11. Sept. In der Festhalle der Deutschen Gewerbeschau fand gestern der Allgemeine Deutsche Werkmeistertag statt. Der frühere Reichsminister Wissel hielt dabei eine Rede über Deutschlands Zukunft. Wissel erklärte: **Heute feiern auf der ganzen Welt 11 Millionen Arbeitslose. Das bedeutet einen Jahresausfall von 26 Milliarden Arbeitsstunden und eine Produktionsminderung von 16 Milliarden Friedensmark. Ueberall, nicht nur in Deutschland, steigt die offene und verborgene Not. Dazu kommt eine Verschuldung der ganzen Welt von 800 Goldmilliarden. Die Arbeiter werden mit Schmerz und Bitterkeit erkennen, daß mit dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft auch die Arbeitssolidarität zerrissen ist.** Geholfen kann der Welt nur werden, wenn die Kaufkraft der vielen Millionen in Mittel- und Osteuropa wieder hergestellt wird. Heute befindet sich Deutschland in einer Preisrevolution wie sie ihresgleichen in der ganzen Weltgeschichte noch nicht hatte. **Es wird die Zeit kommen, wo der Herr in Deutschland nicht Ludendorff, nicht Foch, sondern Hunger heißen wird.** Wenn wir nicht zu einem Gemeinwirtschaftsdenken kommen und der einzelne seine Interessen nicht hinter dem der Gemeinschaft zurücktreten läßt, dann kommen wir aus Not und Elend nicht heraus, sondern noch tiefer hinein.

Erster deutscher Angestelltentag.

Der Erste deutsche Angestelltentag, der am Sonntag im Deutschen Nationaltheater zu Weimar stattfand, gestaltete sich zu einem Ereignis von überragender Bedeutung für die deutsche Angestelltenbewegung. Der Andrang war so außerordentlich, daß für diejenigen, die im Nationaltheater keinen Einlaß finden konnten, eine Parallelversammlung im Festsaale der „Armbrust" abgehalten werden mußte. Voran ging unter Teilnahme vieler Tausender eine Huldigung am Goethe-Schiller-Denkmal mit einer Ansprache von Henry Schaper, Hamburg, und Niederlegung eines Kranzes mit Schleifen in den Reichs- und den Thüringer Landesfarben. Im Mittelpunkt der Tagung standen vier Vorträge, die die brennendsten Fragen der Tages- und Zukunftsarbeit behandelten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die dringende Forderung nach sofortiger ausreichender Sicherung der Volksernährung erhoben. Die augenblicklich bestehenden schweren Notstände und die für den Winter zu erwartenden Gefahren erheischen dringend, daß die Reichsregierung die den Vertretern der Spitzengewerkschaften gegebenen Zusagen erfüllt. Die auskömmliche Versorgung des Volkes mit Brot, Kartoffeln und anderen unentbehrlichen Nahrungsmitteln ist das Gebot der Stunde. Von der Landwirtschaft erwarten die deutschen Angestellten, daß sie ihre vaterländische Pflicht zur Ablieferung des Brotgetreides in vollstem Umfange erfüllt und das deutsche Volk vor dem Schrecken des Hungers und der Verzweiflung bewahrt. Handel und Industrie müssen das Aeußerste tun, um ungesunder Preistreiberei entgegenzutreten. Weitere Kundgebungen wendeten sich gegen den Friedensvertrag von Versailles und behandelten den Schutz der unter feindlicher Bedrückung schmachtenden deutschen Brüder und Schwestern in den besetzten Gebieten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die Auslandsvaluta im Inlandverkehr.

Berlin, 11. Sept. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der es heißt, seit einiger Zeit nehme im deutschen Inlandsverkehr die Verwendung von Auslandsvaluta als Berechnungsgrundlage der Verkaufspreise und als Zahlungsmittel einen gewaltigen Umfang an. Die Verwendung der Auslandsvaluta werde mehr und mehr üblich bis in den Kleinhandel hinein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwarte von der Reichsregierung den schleunigsten Erlaß einer Verordnung, die die Verwendung der Auslandswährung im Inlandsverkehr unterbinde.

Ein Appell an das Weltgewissen.

„Vom Optimismus zum Entsetzen."

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten")

Buenos Aires, 11. Sept. Garcia de Diego hat in der „Union" einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Ohnmacht des heutigen Deutschlands gegenüber der brutalen Gewaltpolitik der Alliierten darstellt. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Irrtum des Versailler Friedens darin bestand, daß er nicht weniger schädigend wirkte, als der Krieg selbst. Die gesamte Welt habe dieses erkannt, nur nicht die Urheber dieses Friedens. In vier Jahren hätten sie noch nicht eingesehen, daß Deutschland allein und innerhalb der verlangten Zeit den durch den Krieg verursachten Schaden nicht wieder gutmachen könne. Mehr als einmal habe Deutschland schon sein Unmöglich gesprochen, sei aber immer mit Peitschenhieben wieder zu erneuten Anstrengungen angetrieben worden. Ueber das Unmöglich einer Nation von 60 Millionen zusammengebrochener Menschen schreibe des brutalen Siegers Faust: Wehe dem Besiegten! Allerdings gebe der Sieg dem Stärkeren über den Besiegten jedes Recht, außer dem, zu töten. Und doch töte man jetzt. **Der in Versailles diktierte Frieden morde methodisch ein ganzes Volk.** Es erhebe sich jetzt die Frage, ob Deutschland sich fügen werde, unterzugehen, oder für zwei Generationen in Sklaverei zu versinken, oder ob **es nicht mit der ganzen Kraft der Verzweiflung eine neue Erschütterung der Welt hervorrufen werde.** Das Gespenst des Marxismus tauche auf. Lloyd George habe es bereits gesehen, während Poincaré absichtlich die Augen vor ihm verschließe. Die Welt schaue diesem Schauspiel mit einem sportlichen Interesse zu, ohne sich um die Katastrophe zu kümmern, die hereinbrechen kann. Man verlasse sich auf die Schranken, welche Jahrhunderte aufgerichtet hätten, ohne daran zu denken, daß sie von Orkanen niedergerissen werden können. **In einer einzigen Stunde könne aller Optimismus sich in Entsetzen verwandeln. „Wir können nicht mehr!"** schließt der Artikel, ist das Stöhnen eines sinkenden Volkes, das sich daran klammert, nichts mehr als die Tradition zu besitzen. Wenn morgen ein Blick auf das Morgenrot fällt, das im Osten strahlt, mag es sein, daß diese Stimme eines Sterbenden sich in ein Grollen verwandelt, das die wirtschaftliche Rüstung des Planeten zum Brande bringt.

Schwere mehrheitssozialistische Verluste in Thüringen.

Berlin, 11. Sept. Heute wurden im ganzen Lande Thüringen nach der neuen Gemeinde- und Kreisordnung die Kommunalwahlen vorgenommen. Die Wahlbeteiligung betrug nach den bisherigen Ergebnissen etwa 60 bis 65 Prozent. Soweit bisher zu übersehen ist, haben die Mehrheitssozialisten fast überall eine beträchtliche Anzahl von Stimmen verloren und die sozialdemokratische Herrschaft in Thüringen einen starken Stoß erlitten.

Wie W. T. B. ergänzend meldet, ist in einer Anzahl von Ortschaften, wie Gotha, Sonneberg und verschiedenen kleinen Städten eine starke Verschiebung nach rechts festzustellen. Außer den Rechtsparteien haben besonders die Kommunisten starken Stimmenzuwachs erhalten. So ziehen in den Weimarischen Stadtrat zum ersten Male fünf Kommunisten ein. Bemerkenswert ist die große Zahl ungültiger Stimmen in vielen Landorten, wo für zwei Körperschaften gewählt werden mußte. Die Wähler sind ziemlich unorientiert zur Wahl gegangen, die nach dem neuen Kreis- und Gemeindewahlgesetz zum ersten Male vorgenommen wurde.

Gera, 11. Sept. Bei den Kreistagswahlen im Landkreise Gera erhielten die bürgerliche Vereinigung 8, der Landbund 6, die Mehrheitssozialdemokraten 6, die Unabhängigen 6 und die Kommunisten 1 Sitz. Die Ergebnisse von 20 kleineren Gemeinden stehen noch aus. (W. T. B.)

Schleiz, 11. Sept. Bei den hier stattgehabten Kreisratswahlen entfielen im Schleizer Kreise auf die bürgerliche Wahlvereinigung 5228, den Landbund 8866, die sozialistische Arbeitsgemeinschaft 7755, die Kommunisten 275 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Landbund 8, sozialistische Arbeitsgemeinschaft 7, bürgerliche Wahlvereinigung 4 Sitze.

Uebertritt des Abgeordneten Düringer zur Deutschen Volkspartei.

Berlin, 11. Sept. Der Abgeordnete Exzellenz Dr. Düringer ist zur Deutschen Volkspartei übergetreten und hat sich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angeschlossen. (W. T. B.)

Berlin, 11. Sept. Der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hatte am vorletzten Sonntag beschlossen, den Abgeordneten Düringer aufzufordern, daß er sein Amt als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei in Baden und sein Reichstagsmandat niederlegen solle, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitze. Dr. Düringer hat das Verlangen, sein Reichstagsmandat niederzulegen, als verfassungswidrig abgelehnt. Er sagt in seinem Schreiben an den Landesausschuß: Wenn eine Partei nicht mehr so viel Selbstkritik ertragen kann und will, wie in den beiden beanstandeten Artikeln geübt wurde, wenn sie ihren Mitgliedern so wenig Denkfreiheit und selbständige Meinungsäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre Unsicherheit und Schwäche.

Stresemann für eine Kompromißpolitik.

Königsberg, 11. Sept. Auf dem ostpreußischen Vertretertage der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die außen- und innenpolitische Lage. Er hob die Tragweite des Stinnes-Abkommens für die deutsch-französischen Beziehungen hervor, zu dessen fernerer Auswirkung jedoch die Herabsetzung der Reparationslasten und der Besetzungskosten auf ein erträgliches Maß und weltwirtschaftliche Verständigung zum gemeinsamen Wiederaufbau der Welt notwendig seien. Auf dem Gebiete der inneren Politik bezeichnete er als Grundlage für die innere Gesundung die Staatsbejahung, das Bekenntnis zum Staate, auch wenn uns manches an ihm nicht gefalle, und die Unterordnung des eigenen Ichs unter den Staatsgedanken. Eine Katastrophenpolitik könne uns nicht helfen, sie würde lediglich die Geschäfte Poincarés besorgen. Eine Kompromißpolitik sei unter den heutigen Verhältnissen für jede Partei die einzig mögliche Politik.

Wegen Berichterstattung verhaftet.

München, 9. Sept. Der Münchner Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.", Redakteur Karlheinz Lembke, befindet sich seit kurzer Zeit in Untersuchungshaft. Das Ermittlungsverfahren wurde wegen Verdachts des Landesverrats eröffnet, den Lembke nach der Ansicht des Staatsanwaltes beim Münchner Volksgericht durch seine Berichterstattung für das Berliner Korrespondenz-Bureau Gargas begangen hätte, das englisch-amerikanische Zeitungen bedient habe, und dessen Inhaber ebenfalls in Untersuchungshaft sitzt. Die Berichterstattung soll insbesondere Tatsachen betreffen, die im Interesse des Reiches oder Bayerns, so meint die Untersuchungsbehörde, nicht hätten veröffentlicht werden dürfen.

Deutsche Protestnote gegen die polnischen Beschuldigungen beim Völkerbund.

Genf, 11. Sept. Der Leiter des deutschen Konsulats in Genf Legationsrat Dr. Nasse überreichte heute dem Generalsekretär des Völkerbundes im Auftrage der Reichsregierung folgende Note:

„Der deutschen Regierung ist aus der polnischen Presse der Wortlaut einer Note der polnischen Regierung an den Völkerbund bekannt geworden, in der die polnische Regierung eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien, Preußen und im übrigen Deutschland richtet. Hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenschutz allein ein Interesse des Völkerbundes gemäß dem Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 besteht, hat die deutsche Regierung die Ehre, darauf hinzuweisen, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unberechtigt und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen hervorgeht, was übrigens auch durch das Zeugnis des Herrn Präsidenten Calonder und des Präsidenten Kaeckenbeeck nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß die Beschwerden polnischer Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 vorgezeichneten Instanzenwege erledigt werden." (W. T. B.)

Ende des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks.

Neuyork, 11. Sept. 155 000 Anthracitgrubenarbeiter faßten den einmütigen Beschluß, am heutigen Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit hat der lange Kohlenarbeiterstreik sein Ende gefunden.